

Gegen einen modernisierten Nationalcorporatismus : Kritik am Entwurf des SPS-Wirtschaftsprogramms

Autor(en): **Schäppi, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **13 (1993)**

Heft 26

PDF erstellt am: **20.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652277>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Hans Schächli

Gegen einen modernisierten National korporatismus

Kritik am Entwurf des SPS-Wirtschaftsprogramms

Unter dem Titel "Mit radikalen Reformen die Zukunft gestalten" hat eine Arbeitsgruppe um SPS-Präsident Peter Bodenmann einen Entwurf für ein Wirtschaftsprogramm der SP-Schweiz für die nächsten zwölf Jahre vorgestellt (1). Es soll als Einstieg in die wirtschaftspolitische Diskussion dienen, wobei die AutorInnen "Kritik von rechts und links" erwarten. Die Kritik hat bereits eingesetzt. Beat Kappeler charakterisiert den Entwurf als "einen Schritt vorwärts, zwei zurück" (Weltwoche, 9.9.93). "Einen Schritt vorwärts" bedeutet für Kappeler die Verabschiedung des "Bruchs mit dem Kapitalismus" im Parteiprogramm von 1982; dagegen sieht er in den wirtschaftspolitischen Vorschlägen eine Rückkehr zum Leitbild von 1959, worin die SPS sich für Innovation, Wachstum und Technik stark gemacht hat. In der Zeitschrift "Neue Wege" vom November 1993 schätzt Willy Spieler den Entwurf als politisches Grundsatzpapier ein, das den Abschied der SPS nicht nur von den Selbstverwaltungsideen von 1982, sondern vom Sozialismus überhaupt anzeigt.

Und als Revision der Programmideen von 1982 muss der Entwurf von 1993 in jedem Fall verstanden und diskutiert werden. Denn in einem Wirtschaftsprogramm kann zwar – wie das die SPS-Arbeitsgruppe tut – die "Systemfrage" pragmatisch ausgeblendet werden, und sei es auch nur mit dem seltsamen Argument, die Frage stelle sich in den "nächsten zwölf Jahren" nicht. Die gesamte Ausrichtung des Wirtschaftsprogrammes macht aber deutlich, dass die "Systemfrage" für die VerfasserInnen in einer bestimmten Weise bereits beantwortet ist. Viele der Vorschläge machen sich ausdrücklich die Systemlogik der kapitalistischen Wirtschaft zu eigen.

Der Entwurf wird nun zuerst in den Parteigremien diskutiert und soll dann an einem Parteitag im Mai 1994 verabschiedet werden. Sein Verdienst ist es sicher, dass er Diskussionen auslöst. Die folgenden kritischen Bemerkungen sollen die Diskussion weiter anregen. Sie beziehen sich weniger auf die programmatischen Aspekte (wozu ich die Lektüre von Willy Spielers Aufsatz empfehle) als auf die vorgeschlagene wirtschaftspolitische Stossrichtung.

Zum Vorgehen der SPS-Arbeitsgruppe

In der Einleitung setzt sich das Programm zum Ziel, zentrale Themen zur Diskussion zu stellen und Spielräume für eine linke Politik zu suchen, indem

“bausteinartig” Probleme geortet und Antworten formuliert werden. In einem ersten Teil werden, anknüpfend an der aktuellen Wirtschaftskrise, “Trends und Widersprüche” formuliert, welche die nächsten zwölf Jahre prägen könnten (Beschäftigung, Internationalisierung/Globalisierung, Einkommensverteilung, Gleichstellung, Migration usw.). In einem zweiten Teil wird erläutert, weshalb eine radikale Reformpolitik zur Überwindung der Widersprüche sowohl möglich als auch notwendig sei. Und schliesslich werden in einem dritten Teil zwölf wirtschaftspolitische Reformpakete und Massnahmen vorgeschlagen (die Schweiz und ihre Wirtschaft brauche eine “gute Standortpolitik”, “mehr Wettbewerb”, einen effizienteren Staat, mehr soziale Sicherheit, einen ökologischen Umbau und schliesslich die Integration in die EG).

Das “bausteinartige” Sammeln von aktuellen Problemen orientiert sich an laufenden öffentlichen Debatten und parlamentarischen Verhandlungen, was die Formulierung praxisorientierter, zurzeit vielfach einleuchtender Einzelpositionen erlaubt. Der Nachteil ist der, dass der Programmentwurf weder von einer Analyse der heutigen wirtschaftlichen Entwicklungen noch von klar definierten Zielvorstellungen ausgeht. Schon von der Form her gleicht er eher einem “Steinbruch” von Ideen, Massnahmen und Vorschlägen. Ein roter Faden in den über einhundert Seiten ist aber nur schwer auszumachen. Insofern ist die im Programmentwurf formulierte Alternative, entweder pragmatisch “Bausteine” zu sammeln oder aber ein “einheitliches Theoriegebäude” zum Funktionieren des kapitalistischen Systems zu errichten, falsch. Zwischen einem “Steinbruch” und einer dogmatischen Theorie gäbe es ja andere Möglichkeiten: zum Beispiel diejenige, die Grundlinien und Eckpunkte für ein wirtschaftspolitisches Reformprogramm in der Schweiz zu konzipieren, die sich in der Entwicklung der nächsten paar Jahre bewähren müssten. Dazu wäre aber eine Analyse der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Situation erforderlich.

Folgen eines Analyse-Defizits

Die zentrale Frage, weshalb wir heute mit den beschriebenen negativen Entwicklungen konfrontiert sind, wird nicht gestellt. Der Ausgangspunkt der eigenen wirtschaftspolitischen Vorschläge wird damit nicht klargemacht. Dass es bei uns zuviele Arbeitslose gibt und dass es “so nicht weitergehen kann”, ist eine triviale Feststellung, keine Diskussionsgrundlage für eine glaubwürdige wirtschaftspolitische Strategie. Sie bildet höchstens die Hintergrundfolie für die Annahme, dass in unserer Gesellschaft überhaupt Reformen nötig sind. Darüber hinaus wäre zu analysieren, in welchen Mechanismen der gegenwärtigen Entwicklung diese negativen Trends ihre Ursachen haben. Die Diskussion, die innerhalb der SPS entstanden ist, ob mit dem Kapitalismus gebrochen werden soll oder nicht, mutet zwar etwas seltsam an. Tatsache aber ist, dass sich die Verfasserinnen und Verfasser des Programmentwurfs von jeder stringenten Kapitalismus-Analyse und Kapitalismus-Kritik verabschiedet haben. Und dies hat selbstver-

ständig auch Auswirkungen auf die Stossrichtungen und die tieferliegende “Logik” des Programmmentwurfs.

Folglich fehlt im Programmmentwurf auch eine klare Abgrenzung gegenüber neoliberalen Postulaten, denen zufolge die heutige wirtschaftliche Krise auf einen Mangel an Marktfreiheit, Wettbewerb, Standortvorteilen, Effizienz und Leistung zurückzuführen ist. Diese Postulate und Programme werden nicht nur nicht kritisiert, sie liegen dem Programmmentwurf selber in weiten Teilen zugrunde. Dabei wird – zwar nicht explizit – von einem Widerspruch der einzelwirtschaftlichen Gewinnrationalität und der volkswirtschaftlichen Marktrationalität ausgegangen. Die SPS macht sich im Programmmentwurf so gleichsam zu derjenigen Kraft, welche mittels Reformen der kapitalistischen Marktwirtschaft sozusagen zu ihrer wahren kollektiven Rationalität verhilft. Die SPS ist gleichsam die Partei der wahrhaft Liberalen, welche der helvetischen Sklerose endlich zu Leibe rückt, welche Wettbewerb und Marktfreiheit sichert und welche auch dem Kapital dazu verhilft, den Standortwettbewerb zu gewinnen. Selber ist das Kapital dazu nicht in der Lage, weil es in die betriebswirtschaftliche Rationalität verheddert ist.

Es soll hier keineswegs bestritten werden, dass es im kapitalistischen Wirtschaftssystem einen Gegensatz von betriebswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Rationalität gibt. Aber das Feststellen dieses Gegensatzes genügt nicht, um davon ausgehend ein linkes wirtschaftspolitisches Konzept zu entwerfen. Zu den zentralen Strukturproblemen, die sich heute in der Beschäftigungskrise, der technologisch bedingten Arbeitslosigkeit, der Entkoppelung von Investitions- und Beschäftigungsentwicklung, der Steigerung der Gewinneinkommen bei gleichzeitigem Einkommensverlust der breiten Bevölkerungsschichten und der Zunahme ökologischer Zerstörung trotz zurückgehender Wachstumsraten manifestieren, ermöglicht dieser Ansatz keine präzisen Antworten.

Gewiss ist in anderen Parteien des Programmmentwurfs auch davon die Rede, dass der Markt versagt und dass unsere Wirtschaft und Gesellschaft umgebaut werden müssen. Da dies aber nicht weiter ausgeführt wird und dem Entwurf auch nicht zugrundegelegt wird, sind nicht nur das ganze Programm, sondern auch die vorgeschlagenen Reformvorhaben widersprüchlich. Die Einführung einer “Investitionslenkung mittels demokratischer Rahmenplanung” wird im umfangreichen Reformkatalog etwa auf derselben Ebene abgehandelt wie die Einführung des Leistungslohnes beim Staatspersonal oder die Einigung auf einheitliche Hard- und Softwarestandards in der öffentlichen Verwaltung! Entscheidend wäre dagegen zu wissen, mit welchen Mitteln und mit welchen Zielen Wirtschaft und Gesellschaft umgebaut werden sollen. Ansatzpunkt und Ausgangspunkt dazu dürften nicht der Standortwettbewerb der Schweizer Wirtschaft oder die “nationale Wettbewerbsfähigkeit” sein, sondern die brennenden Probleme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Massnahmen wie die Einkommenssicherung, eine Beschäftigungspolitik mit qualitativen Zielsetzungen und die Arbeitszeitverkürzung müssten dabei in den Vordergrund gestellt

und stärker ausgeführt werden.

Und wenn schon die Sorge um den Wirtschaftsstandort Schweiz im Entwurf einen grossen Stellenwert erhält, so müsste eine solche Standortpolitik autonom, d.h. nicht marktorientiert, sondern im Interesse der ArbeitnehmerInnen konzipiert werden, keineswegs aber im Dienste der "Schweizer Wirtschaft" oder der "nationalen Konkurrenzfähigkeit". Bei allen Reformvorhaben schlägt der Programmentwurf sonst in platte korporatistische Ideologie um, die realitätsfremd ein gemeinsames "helvetisches Interesse" unterstellt.

Modernisierungsvision anstelle von klaren Zielvorstellungen

Nicht nur eine wirtschaftspolitische Analyse, sondern auch die Formulierung klarer Zielvorstellungen für die wirtschaftspolitischen Reformmassnahmen fehlt. Diese Zielneutralität wird zum Beispiel sehr deutlich im Abschnitt über Industrie- und Technologiepolitik. Hier werden nicht präzise qualitative Ziele formuliert, welche mit Auflagen erreicht werden sollen. Vielmehr kommt ein Glaube an die Modernisierungs- und Wettbewerbspolitik zum Ausdruck, der auch durch die gescheiterte Krisenpolitik der deutschen, französischen und spanischen GenossInnen kaum erschüttert zu werden scheint. Vorbild sind Japan, Südkorea und die USA mit ihren milliarden schweren Technologieprogrammen (2). Auch die bildungspolitischen Massnahmen sind zielindifferent formuliert. Zum Teil sind sie nichtsagend, zum Teil auch problematisch ("Wettbewerb im Lehrkörper"). Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird eine "Initiative für den sozialen Frieden" vorgeschlagen. Abgesehen davon, dass der Inhalt dieser Initiative recht problematisch ist, ist die Zielsetzung des Vorschlags nicht etwa die Stärkung der Rechte der ArbeitnehmerInnen, der Abbau der Entfremdung oder der Ausbau der Demokratie, sondern die Erhaltung des sozialen Friedens als Vorteil im Standortwettbewerb.

Dass Reformvorschläge ohne klare Zielvorstellungen lanciert werden, hängt mit der nationalkorporatistischen Stossrichtung des Programmentwurfs zusammen. Am deutlichsten wird diese Stossrichtung im Entwurf auf Seite 25 formuliert, wo es heisst: "Erfolgreich sind weltweit nur Gesellschaften, in denen Wirtschaft, Staat und Gesellschaft gemeinsam ... eine koordinierte Wirtschaftspolitik formulieren."

Die "erfolgreiche Gesellschaft" und die "internationale Solidarität"

Die Problematik dieser Ausrichtung spitzt sich im letzten, recht dürftigen Kapitel des Programmentwurfs weiter zu. Hier wird ein Blick über die Landesgrenze gewagt. Trotz der Ausrichtung ihrer Wirtschaftspolitik am nationalen Raum fordert die SPS in voluntaristischer Weise die Integration der Schweiz in die Europäische Gemeinschaft, ohne sich mit der Politik und Ökonomie der EG auseinanderzusetzen. Gleichzeitig ist in einem anderen Teil des Entwurfs zu lesen: "Politik bleibt im wesentlichen nationale Politik"

(S. 33)! Ein weiterer Widerspruch besteht darin, dass die SPS trotz der nationalen Ausrichtung ihrer Wirtschaftspolitik das Bündnis mit dem multinationalen Kapital sucht und gegen die gewerbliche Binnenwirtschaft Stellung nimmt. Das multinationale Kapital verfügt bekanntlich über grossen Spielraum und wird deshalb auf das Bündnisangebot dankend verzichten, vor allem wenn dabei Verbesserungen für die ArbeitnehmerInnen herauschauen sollen. Lernen könnten wir indessen von den Multis, dass wir uns als ArbeiterInnenbewegung nicht nur im nationalen Rahmen orientieren dürfen.

Schon gar nicht mehr zusammenzubringen mit dem Hauptanliegen der nationalen Konkurrenzfähigkeit sind die floskelhaften Ausführungen zur "internationalen Solidarität". Sie haben – ähnlich wie die europapolitischen Ausführungen – keinen inneren Bezug zur korporatistischen Logik des Programmentwurfs. Während der Entwurf für viele Fragen Rezepte anzubieten hat (z.B. für den Umweltschutz index- und aussenhandelsneutrale, staatsquotenneutrale, sozial- und randregionenverträgliche Lenkungsabgaben), begnügt er sich bei Fragen, die über die Landesgrenzen hinausreichen, mit Schlagworten. Überlegungen zu einer neuen Migrations-, Ausländer- und Asylpolitik fehlen weitgehend. Stattdessen wird an einer andern Stelle (S. 80) gefordert, die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern sei generell auf 50'000 pro Jahr zu beschränken – vermutlich um die "internationale Solidarität" nicht zu belasten.

Vor zehn Jahren – als der Spielraum für Reformen in der Regierung noch grösser war als heute – gab es in der SPS eine lebhaft diskutierte Frage der Regierungsbeteiligung. Heute scheint diese Diskussion abgeschlossen zu sein. SP-Präsident Peter Bodenmann hat erst kürzlich bekräftigt, dass die SPS an der Regierungsbeteiligung festhalte. Der SP-Programmentwurf passt zu diesem Kurs. Die Devise heisst: Im Namen "radikaler Reformen", im nationalen Alleingang gemeinsam mit den Bürgerlichen die zunehmende Misere mitverwalten. Und dies obwohl die Bürgerlichen und die Unternehmerseite offensichtlich immer weniger zu einer wohlfahrtsstaatlichen und konkordanzorientierten Wirtschaftspolitik bereit sind. Auf die "radikalen Reformen" können wir gespannt sein.

Anmerkungen

- 1) "Mit radikalen Reformen die Zukunft gestalten". Entwurf eines Wirtschaftsprogrammes der SP-Schweiz für die Jahre 1993 bis 2005, erstellt von einer Arbeitsgruppe zuhanden des Parteivorstandes. Bern, Ende August 1993.
- 2) Vgl. dagegen die Vorarbeiten zu einer autonomen Wirtschafts-, Industrie- und Strukturpolitik aus gewerkschaftlicher Sicht: "textil arbeit zukunft". Industriepolitische Zielsetzungen für die Textilbranche, hrsg. von der Gewerkschaft Textil Chemie Papier, Zürich 1992; "Bauen und Bauarbeit Zweitausend". Perspektiven – Probleme – Strategien, Schriftenreihe der Gewerkschaft Bau und Holz Nr. 6, Bern 1991; sowie den Aufsatz "Wirtschaftsdemokratie und Industriepolitik" von Hans Schäppi und Walter Schöni, Widerspruch Heft 24/1992.